

17. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Jutta Matuschek (LINKE)**

vom 10. März 2014 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 11. März 2014) und **Antwort**

Was erfahren Schüler*innen über Genossenschaften?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. In welcher Weise wird in welchen Fächern in den Berliner Schulen über Genossenschaften als einer Form der selbstorganisierten unternehmerischen Tätigkeit Wissen vermittelt?

Zu 1.: Im Rahmenlehrplan des Faches Wirtschaft-Arbeit-Technik werden unternehmerische Tätigkeiten thematisiert. Die Schülerinnen und Schüler erwerben im Fach Wirtschaft-Arbeit-Technik Kompetenzen, mit denen sie auf berufliche und private Anforderungen adäquat reagieren und die Herausforderungen in Gegenwart und Zukunft angemessen bewältigen können. Der integrierte Kompetenz- und Wissenserwerb in den drei Domänen Wirtschaft, Arbeit und Technik bildet den unterrichtlichen Schwerpunkt.

Im Rahmenlehrplan wird der genannte Schwerpunkt im Modul „Wahlpflichtbereich 7 - Bauen und Wohnen“ ausgewiesen.

Unter dem Aspekt des Verbraucherverhaltens werden benannt:

- Rechte und Pflichten von Mieterinnen/Mieter und Vermieterinnen/Vermieter,
- Wohngeld und sozialer Wohnungsbau,
- Interessenverbände, Wohnungsbaugesellschaften, Verbraucherzentralen.

Der Rahmenlehrplan nennt ferner eine zugehörige Kompetenz:

Die Schülerinnen und Schüler analysieren den Wohnungsmarkt inklusive regionaler Wohnumfelder und sind in der Lage, eine begründete Auswahl zu treffen.

Vertieft wird das Thema im Modul „Pflichtbereich 4 - Grundlagen des Wirtschaftens“, in dem unter dem Aspekt der gesellschaftlichen Arbeitsteilung Hierarchien und Organisationsstrukturen in Unternehmen, öffentlichen Betrieben und Verwaltungen behandelt werden.

Auf der Grundlage der Rahmenlehrpläne der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer Sozialkunde, Sozialwissenschaften und Wirtschaftswissenschaft setzen sich die Schülerinnen und Schüler darüber hinaus mit folgenden Themenbereichen auseinander, in deren Zusammenhang das Thema „Genossenschaften“ unterrichtsrelevant ist:

- Wirtschaftliches Handeln als Grundlage menschlicher Existenz
- Wirtschaft und Demokratie, der soziale Aspekt in der Marktwirtschaft
- Grundfragen bei der Wahl der Rechtsformen von Unternehmen
- Unternehmensziele

2. Welchen Stellenwert nimmt in diesem Rahmen der gemeinwohlorientierte Charakter der Tätigkeit von Genossenschaften ein?

Zu 2.: Die schulische Auseinandersetzung mit dem gemeinwohlorientierten Charakter von Genossenschaften ist sowohl in ihrer historischen als auch in ihrer zeitgenössischen Ausprägung evident und findet in der Regel eine entsprechende Beachtung im Unterrichtsgeschehen.

3. Gibt es im Rahmen bestimmter Unterrichtseinheiten Kooperationen zwischen einzelnen Schulen und Berliner Genossenschaften, wenn ja, welche?

Zu 3.: Kooperationen zwischen einzelnen Schulen und Berliner Genossenschaften im Rahmen von Unterrichtseinheiten werden nicht erfasst. Grundsätzlich können jedoch unterrichtliche Angebote zum Thema Genossenschaften z. B. im Rahmen von Schülergenossenschaften zusammen mit Berliner Genossenschaften umgesetzt werden. Schülergenossenschaften stellen eine Sonderform der „klassischen“ Schülerfirmen dar. Schülerfirmen im Allgemeinen sind keine realen Firmen, sondern schulische Angebote im Rahmen von Projekten, Arbeitsgemeinschaften, Unterrichtseinheiten oder Pflichtunterricht. Sie funktionieren in Organisation und Struktur wie reale Unternehmen und können als GmbH, AG oder Genossenschaft organisiert werden.

4. Hält der Senat die Behandlung des Themas Genossenschaften im Unterricht der Berliner Schulen für ausreichend?

Zu 4.: Über den Umfang und die Intensität der unterrichtlichen Auseinandersetzung mit dem Thema Genossenschaften in den einzelnen Schulen liegen dem Senat keine Erkenntnisse vor.

5. Inwieweit findet z.B. das Transferprojekt Geno@school der Fachhochschule Frankfurt/Main, das Schülerfirmen bei der Gründung von Schülergenossenschaften begleitet, Anwendung bei der Gründung von Schülerfirmen in Berliner Schulen?

Zu 5.: Um das Modell, das in einigen westdeutschen Bundesländern bereits mit Erfolg praktiziert wird, auch in Berliner Schulen bekannt zu machen, fand am 25. September 2012 bei dem Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU) eine Veranstaltung mit anschließender Diskussion zum Thema „Schülergenossenschaften für Berlin – Solidarisches Wirtschaften nach demokratischen Regeln“ statt. Inwieweit das Transferprojekt Geno@school bei der Gründung von Schülergenossenschaften Anwendung bei der Gründung von Schülerfirmen in Berliner Schulen findet, ist dem Senat nicht bekannt.

Berlin, den 21. März 2014

In Vertretung

Mark Rackles
Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Wissenschaft

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 28. Mrz. 2014)